



Karas über die Zukunft der GAP-Finanzierung

Zum ersten Mal seit dem EU-Beitritt Österreichs sitzt kein Abgeordneter mit landwirtschaftlichem Hintergrund für die ÖVP-Delegation im EU-Parlament. Nachdem Elisabeth Köstinger Ende des vergangenen Jahres das EU-Parlament verlassen hatte, sie ist nun Landwirtschaftsministerin, übernahm der langjährige EU-Abgeordnete und ÖVP-Delegationsleiter Othmar Karas die agrarischen Agenden.

In einem ersten Gespräch mit österreichischen Agrarjournalisten erklärte Karas, dass er künftig vor allem die Nahtstellen zwischen den verschiedenen Politik-Bereichen, für die er auf EU-Ebene zuständig ist, nutzen will. Karas ist im EU-Parlament u. a. in den Ausschüssen für parlamentarische Kooperationen mit Russland, Wirtschaft und Währung sowie für auswärtige Angelegenheiten, Binnenmarkt und Verbraucherschutz sowie Sicherheit und Verteidigung vertreten.

GAP und Budget

Neben der gesellschaftspolitischen Verantwortung gegenüber den vom Klimawandel betroffenen Land- und Forstwirten sprach sich Karas auch für die klare Ausrichtung nach der ökosozialen Marktwirtschaft aus.

In den kommenden Monaten werden auf EU-Ebene jedoch die Gestaltung der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) und die finanzielle Vorausschau Priorität haben, so Karas. Aufgrund des Brexits und zusätzlicher Aufgabenbereiche für die EU, wie Sicherheit und Migration, könnte es zu Einschnitten beim GAP-Budget kommen. Hier sei es wichtig, zuerst zu beziffern, wie viel Geld die EU



ÖVP-Delegationsleiter im EU-Parlament, Othmar Karas, hat die Agraragenden von Elisabeth Köstinger übernommen.

braucht, um handlungsfähig zu sein, erklärte der Abgeordnete. Eine allgemeine Debatte über Zahlungsforderungen hält Karas zu diesem Zeitpunkt deshalb für unangebracht. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge der EU-Staaten müsse jedenfalls sozial gerecht sein. Derzeit macht der EU-Beitrag 0,9 Prozent des Budgets aller Mitgliedsstaaten aus, vertraglich vorgesehen seien aber sogar 1,24 Prozent, erklärte Karas und betonte, dass dieser Anteil auch gerecht sei. Der Kommissionsvorschlag zum Mehrjährigen Finanzrahmen wird im Mai erfolgen und über die Anteilshöhe und Budgetplanung Aufschluss geben.

Mercosur-Deal

Bezüglich des geplanten Handelsabkommens der EU mit den Mercosur-Staaten Brasilien, Argentinien, Paraguay und Uruguay gab Karas Entwarnung: „Wir kennen die Probleme und können deswegen noch nicht zustimmen.“ Die angesprochenen Probleme sind zu hohe Einfuhrquoten für Rindfleisch aus dem Mercosur, ungleiche Produktionsstandards und die Integration des EU-Herkunftsschutzes. Auch Studien über die Auswirkungen des Abkommens würden noch fehlen, erklärte Karas. EVA ZITZ